

## **Was bin ich wert?**

### **Menschenwertberechnungen haben wieder Konjunktur**

**Vor einigen Jahren erzählte mir ein Mädchen in Albanien von ihrer Stiefschwester, die vom Vater nach Italien verkauft worden war. Ihr Preis: 800 Euro. Wie viel Geld, fragte ich mich da, bin ich wohl wert?**

Von Jörn Klare

Erste konkrete Hinweise zu Menschenwertberechnungen stammen aus der knapp 4000 Jahre zurückliegenden babylonischen Zeit. Im Alten Testament, genauer dem dritten Buch Moses, das auf diese Zeit Bezug nimmt, wird einem Mann der siebzehnfache Wert eines Mädchens zugesprochen. Etwa 2000 Jahre später verriet Judas seinen Herrn für 30 Silberlinge, was seinerzeit ungewöhnlich viel Geld für ein Menschenleben gewesen sein soll. Und während ein afrikanischer Sklave in Nordamerika Mitte des 19. Jahrhunderts – auf aktuellen Stand umgerechnet – etwa 40.000 Euro gekostet haben soll, werden heute in vielen Entwicklungsländern Kinder für die sprichwörtliche Handvoll Dollar verkauft.

Für uns Bewohner der wohlhabenden industrialisierten Welt liegen derartige Handelsplätze zwar in fernen historischen oder geografischen Gefilden, doch gibt es in deutschen Bordellen zigtausende Zwangsprostituierte und deutsche Paare zahlen dubiosen Vermittlern viele Tausend Euro für ein Adoptivkind. Abgesehen davon lassen sich wohl in so gut wie jedem deutschen Haushalt Produkte finden, die in den Schwellenländern unter sklavereiähnlichen Bedingungen hergestellt werden.

Doch die Tatsache, dass wir selbst nicht auf konkreten oder informellen Marktplätzen gehandelt werden, bedeutet nicht, dass nicht auch unserer eigener monetärer Wert längst berechnet wird – beispielsweise, um damit Entscheidungen fällen zu können, die existentielle Entscheidungen über unser Leben betreffen. Im Gegenteil: Der Einfluss dieser Art von Berechnungen nimmt zu.

#### **Vom wertvollen zum „wertlosen“ Leben**

Der wegen seiner Bekanntheit wohl umstrittenste Ansatz, den Menschen einen monetären Wert beizumessen, ist die Humankapitaltheorie. „Humankapital“ hat es 2004

sogar zum „Unwort des Jahres“ geschafft, weil es – so die Jury – „nicht nur Arbeitskräfte in Betrieben, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen“ degradiere. Die Humankapitaltheorie setzt die Kosten, die durch Investitionen in die Bildung entstehen, in Relation zum gesamtwirtschaftlichen Nutzen, der durch diese Investitionen erreicht wird. Dieser Nutzen entsteht zum Beispiel durch den technologischen Fortschritt, der durch ein höheres Ausbildungsniveau erreicht werden kann. Erste derartige Kalkulationen wurden bereits zum Ende des 17. Jahrhunderts von britischen Ärzten und Ökonomen vorgestellt. Das Ziel war eine möglichst große Bevölkerung im Sinne einer expansiven Macht- und Wirtschaftspolitik.

Dementsprechend wurde die Menschenbewertung in Deutschland spätestens in der Phase der Hochindustrialisierung populär, als immer mehr leistungsfähige Arbeitskräfte benötigt wurden. Weil man dem Menschen einen monetären Wert zugestand, war es nach ökonomischer Logik opportun, in seine Erhaltung und Entwicklung zu investieren. Gesundheit bekam den Status eines sozialen Gutes, und mit der Etablierung der Sozialhygiene Ende des 19. Jahrhunderts entstanden Programme zum gesundheitlichen Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen. Aber bereits Ende des 19. Jahrhunderts meldeten sich Menschenwertberechner, die von einem „Nullwert“ oder gar negativen Wert bestimmter Menschen oder ganzer Bevölkerungsgruppen ausgingen. Als fataler Ableger der Sozialhygiene entwickelte sich die Rassenhygiene, die schon lange vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus auf die Zwangssterilisation bestimmter Gruppen oder Euthanasiemaßnahmen für „wertloses Leben“ drängte.

Ungeachtet dieser Entwicklungen, die im Rassen- und Vernichtungswahn der Nationalsozialisten endeten, erlebte die Humankapitaltheorie Mitte des letzten Jahrhunderts vor allem in den USA eine Art Renaissance, die in erster Linie von den Wirtschaftswissenschaftlern und späteren Nobelpreisträgern Gary Becker und Theodore William Schultz geprägt war. Sie legten die Grundlagen der modernen gesamtwirtschaftlichen Humankapitaltheorie, wobei sie gerade die Bedeutung von Bildung und Wissen für das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft und die Notwendigkeit entsprechender Investitionen durchaus auch aus entwicklungspolitischer Perspektive (Schultz) betonten.

In diesem Zusammenhang lässt sich das vergleichsweise schlechte Abschneiden deutscher Schüler bei international vergleichenden Studien zum Bildungserfolg –

Stichwort „Pisa“ – als Hinweis auf massive Probleme bei der nationalen Humanvermögensbildung verstehen. Im Jahr 2002 veröffentlichte dazu die von der Deutschen Bank gegründete Alfred Herrhausen Gesellschaft eine bemerkenswerte Studie. Unter dem Titel „Wie viel Bildung brauchen wir? Humankapital in Deutschland und seine Erträge“ wurde errechnet, dass das Humankapital hierzulande – Stand 2002 – bei 230.000 Euro pro Person liegt. Womit immerhin der „Durchschnittsbürger mehr Humankapital besitzt als andere Vermögensgegenstände“.

Die Durchschnittssumme ergab sich aus den Beträgen, die – von den Eltern, dem Staat und jedem selbst – in Bildung investiert werden, wobei die „ersten 20 Jahre des Lebens der Akkumulation von Humankapital dienen“. Ein Hochschulstudium lohnt sich der Studie zufolge nur bedingt. Wer sich zum Beispiel für Germanistik oder Anglistik entscheidet, bereitet der Volkswirtschaft ein Renditeminus von 6,76 Prozent, wohingegen bei einem Betriebswirtschaftler ein Plus von 4,51 Prozent ermittelt wurde. Schlussfolgerung: „Ein Studium, dessen Ertragsaussichten die Investition nicht rechtfertigen, unterbleibt besser“.

### **Der „Wert eines statistischen Lebens“**

Der große Gegenentwurf zum Humankapital- oder auch Produktivitätsansatz ist der sogenannte „Wert eines statistischen Lebens“ (WSL). Die Methode wurde in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts in den USA entwickelt. Grundsätzlich geht es darum, was ein Mensch zu zahlen bereit ist, um sein Leben zu erhalten.

Zur Veranschaulichung des Grundgedankens ein einfaches Beispiel: In einem Fußballstadion sind 10.000 Menschen versammelt. Sie erfahren, dass einer von ihnen ausgelost wird, der dann sterben soll. Jeder einzelne wird gefragt, wie viel er zahlen würde, um dieses Risiko für sich auszuschließen. Da die Chance bei eins zu 10.000 liegt, ist die Zahlungsbereitschaft der einzelnen noch überschaubar. Einige wenige wären erfahrungsgemäß bereit, sehr viel auszugeben, eine andere kleine Gruppe würde eher wenig zahlen. Angenommen, der Durchschnittswert der Zahlungsbereitschaft beträgt 500 Euro, dann wird diese Summe durch das Todesrisiko dividiert ( $500 \text{ Euro} : 1/10.000$ ) und das Ergebnis von fünf Millionen Euro ist dann der entsprechende WSL.

In einem großen Teil der ökonomischen Literatur wird er als ein sinnvolles Instrument für Kosten-Nutzen-Rechnungen im öffentlichen Finanzwesen beschrieben. Das US

Office of Management and Budget empfiehlt beispielsweise allen Regierungsbehörden den WSL bei Entscheidungen zu nutzen, die Einfluss auf die Gesundheit beziehungsweise das Sterberisiko der Bevölkerung haben. Allerdings legen die verschiedenen Behörden ihren Berechnungen unterschiedliche Werte aus unterschiedlichen Erhebungen zugrunde, wobei die Ergebnisse zwischen 5,8 und 7,4 Millionen Dollar schwanken. Zur Veranschaulichung: Wenn mit einem WSL von sechs Millionen Dollar kalkuliert wird, würde das eine entsprechend hohe Investition in eine Ampel rechtfertigen, wenn sich dadurch mit statistischer Wahrscheinlichkeit ein Menschenleben retten ließe. Die Installation einer Ampel für sieben Millionen Euro würde sich dementsprechend nicht „lohnen“.

Für einen internationalen Vergleich veröffentlichte der „Papst“ der internationalen WSL-Szene, Professor Kip Viscusi von der Vanderbilt University in Nashville, 2008 folgende Zahlen zum statistischen Wert des Lebens in verschiedenen Ländern:

Japan: 9,7 Millionen Dollar

USA: 7 Millionen Dollar (ein Mittelwert aus 30 Studien)

Schweiz: 6,3 bis 8,6 Millionen Dollar

Österreich: 3,9 bis 6,5 Millionen Dollar

Indien: 1,2 bis 1,5 Millionen Dollar

Die unterschiedlichen Werte werden mit unterschiedlichen Anwendungen der Methode, kulturellen Differenzen, vor allem aber auch abweichender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erklärt. Die jeweils aktuellste für Deutschland ermittelte Zahl veränderte sich während meiner etwa zwölfmonatigen Recherche gleich dreimal: Von etwa 1,65 Millionen ging es rauf auf 3,5 Millionen und wieder runter auf aktuell knapp zwei Millionen Euro. So wurde es zumindest 2009 von Hannes Spengler und Sandra Schaffner ermittelt.

## **15 Bangladeschis = ich**

Nicht zuletzt deswegen ist der WSL-Ansatz inklusive seiner Weiterentwicklungen umstritten und selbst nach Aussage seiner Befürworter alles andere als ausgegriffen. Schließlich scheint es höchst fragwürdig, die Zahlungsbereitschaft für eine Risikoreduktion mittels einer einfachen Rechnung zum „Wert eines statistischen Lebens“

hochzustilisieren. Als Ergebnis aber bleibt: Wer weniger hat, kann weniger geben. Nach der Logik des WSL hat ein Leben in einem Industriestaat somit einen höheren Wert als in einem Entwicklungsland.

Dazu gab es 1995 in einem Bericht des Weltklimarats (IPCC), bei dem es auch um die „ökonomischen und sozialen Kosten des Klimawandels“ ging, eine Fußnote, die für Aufsehen sorgte. Es ging um die Bereitschaft, klimabedingte Umweltschäden durch monetäre Investitionen zu vermeiden. Die lag nach einer entsprechenden Untersuchung in den westlichen Industrieländern im Schnitt 15mal so hoch wie etwa in dem Entwicklungsland Bangladesch. Der vielfach ausgezeichnete Umweltökonom David Pearce vom University College London zog daraus den Schluss, ein Menschenleben in den westlichen Industrieländern entspreche dem Leben von 15 Bangladeschis.

Was sich monetär bewerten lässt, kann miteinander verglichen, gegeneinander aufgerechnet und auch ausgetauscht werden. Dass das bei entsprechenden Rechnungen und Vorgaben auch für den Wert des Menschen gelten kann, belegt ein weiteres Beispiel, das mit dem Namen Lawrence Summer verbunden ist, der Anfang der neunziger Jahre der Weltbank vorstand. Vor der UN-Konferenz in Rio im Jahr 1992, auf der es um nachhaltige Entwicklung ging, hatte Summers sich einige Gedanken zur internationalen Giftmüllentsorgung gemacht. Wörtlich hieß es da: „Die Kosten gesundheitsschädigender Verschmutzung bemessen sich nach den entgangenen Einnahmen durch erhöhte Krankheit und Sterblichkeit. So gesehen sollte die Verschmutzung in dem Land mit den geringsten Kosten stattfinden.“ Nach der Logik des damaligen Chefökonomens der Weltbank sollte demnach die Umweltbelastung nicht einem wohlhabenden Land zugemutet werden, weil dort die Wahrscheinlichkeit, an einer Langzeitfolge der Verschmutzung zu erkranken und zu sterben, wesentlich höher ist als in einem Entwicklungsland. Schließlich sterben die Leute dort ja in der Regel schon viel früher an irgendetwas anderem – zum Beispiel Mangelernährung oder Krankheiten. Deswegen gehen in den Entwicklungsländern eben wesentlich weniger gesunde Lebensjahre und die entsprechenden volkswirtschaftlichen Gewinne verloren. Summers' Erkenntnis lautete: „Die ökonomische Logik, eine Ladung Giftmüll in dem Land mit den niedrigsten Löhnen loszuwerden, ist untadelig.“ Und: „Ich war schon immer der Meinung, dass Länder in Afrika deutlich unterverschmutzt sind“ – so zitierte ihn die Weltwoche.

Als Summers' Überlegungen, die eigentlich für den internen Gebrauch der Weltbank bestimmt waren, publik wurden, gab es zwar Proteste, seiner Karriere hat das aber nicht geschadet. Bill Clinton machte ihn zwei Jahre später zum Finanzminister. Danach wurde Summers Präsident der Harvard University. Barack Obama wiederum ernannte ihn zum Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats und soll sogar lange überlegt haben, Summers erneut als Finanzminister zu berufen.

### **Was „lohnt“ sich in Deutschland?**

In Deutschland arbeiten bisher zwei Behörden mit monetarisierten Werten für ein Menschenleben. Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) spricht dabei vom „Kostensatz für getötete Unfallopfer“. Der wird mit einer eigens entwickelten, am Produktionspotenzial orientierten Methode ermittelt und liegt bei knapp 1,2 Millionen Euro. Soviel geht laut BASt der deutschen Volkswirtschaft durchschnittlich durch jeden einzelnen Unfalltoten verloren. Dieser Wert spielt analog zum WSL in den USA eine mitentscheidende Rolle bei der Kosten-Nutzen-Kalkulation von Verkehrssicherheitsmaßnahmen. Vereinfacht gesagt, „lohnt“ es sich demnach, bis zu 1,2 Millionen Euro zu investieren, wenn dadurch ein Menschenleben gerettet werden kann. Im Umkehrschluss sind höhere Investitionen ein volkswirtschaftliches Verlustgeschäft.

Das Umweltbundesamt (UBA) kalkuliert bei seiner ökonomischen Bewertung von Umweltschäden auf der Basis der Methode zum „Wert eines statistischen Lebens“ mit einer Summe zwischen 50.000 und 75.000 Euro für ein Lebensjahr, das etwa durch langfristige Staubbelastung verloren geht. Inclusive diverser Zinsrechnungen ergibt sich daraus – so das UBA – der Wert von einer Millionen Euro für ein ganzes Leben. Auch mit diesen Werten werden Kosten-Nutzen-Rechnungen angestellt, die zwar nicht in konkrete Entscheidungen, dafür aber in entsprechende politische Diskussionen einfließen. Wenn zum Beispiel eine bestimmte Art von Luftfiltern die Staubbelastung senkt, wodurch die Lebenserwartung steigt, kann der monetäre Wert dieser „gewonnenen“ Lebensjahre mit den Aufwendungen für die Luftfilter verglichen werden. Am Ende weiß man auch hier, ob sich die Investition und damit der Lebenszeitgewinn am Ende „lohnt“.

Während BASt und UBA im noch eher abstrakten Rahmen kalkulieren, drohen im viel diskutierten Gesundheitsbereich sehr konkrete monetäre Berechnungen des Werts eines Menschenlebens. Nicht zuletzt aufgrund der vermeintlich chronischen Unterfi-

finanzierung des Gesundheitsbereichs plädieren prominente Gesundheitsökonominnen und ihre Lobbyorganisationen für eine Orientierung am englischen Modell. Im dortigen Gesundheitssystem wird einem gesunden Lebensjahr ein Wert von etwa 30.000 Pfund beigemessen. Mit Hilfe dieser Orientierungsmarke wird entschieden, ob einem Patienten bestimmte kostspielige Behandlungsmethoden gewährt werden. Eine Operation, die – so ein stark vereinfachtes Beispiel – statistisch gesehen ein gesundes Lebensjahr garantiert, sollte dementsprechend nicht mehr als 30 000 Pfund kosten. Sonst besteht die Gefahr, dass sie nicht genehmigt wird. Für Deutschland plädiert der Gesundheitsökonom Professor Friedrich Breyer aus Konstanz für einen Marke zwischen 50.000 und 100.000 Euro, wobei er sich auf die „Werte zum statistischen Leben“ in den USA bezieht.

### **Unsere Würde in der Hand der Ökonomen**

Soweit ein kurzer Einblick in die zurzeit gängigen Methoden und Anwendungen aus der Welt der Menschenwertberechner. Als ich am Ende meiner persönlichen Recherche all meine Geldwerte, die auf einer auch nur halbwegs fundierten Methode beruhen, zusammenfasste, ergab sich für mich ein Wert von 1.129.381,21 Euro. Und mit dieser Zahl ließ sich eine Frage, die sich schon zuvor immer wieder aufgedrängt hatte, endgültig nicht mehr ignorieren: Darf man das eigentlich? Heißt es nicht im ersten Artikel des Grundgesetzes und auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, dass die Würde des Menschen „unantastbar“ und somit auch unverrechenbar ist?

Im Sinne Immanuel Kants wohnt die Würde jedem Menschen prinzipiell inne, egal unter welchen ökonomischen Bedingungen. Wer das in Frage stellt, rüttelt an den Grundwerten unserer Gesellschaftsordnung, die auf Freiheit, grundsätzliche Gleichheit und die Achtung der menschlichen Würde setzt.

Die Bewertung unserer Arbeitskraft beziehungsweise unseres Potenzials, welches wir in einem Arbeitsverhältnis erwirtschaften können (Humankapitaltheorie), ist vielleicht unangenehm, muss aber nicht als ein Angriff auf die Würde im Sinne Kants verstanden werden. Höchst zweifelhaft wird es allerdings, wenn der Staat, beziehungsweise die BAST oder das UBA, die Leben seiner Bürger aufgrund ihrer potenziellen Produktivität, also ihres Nutzens, bewertet und entsprechend schützt. Der Staat hat nicht wie ein Wirtschaftsunternehmen zu fragen, was ihm ein Mensch nutzt,

ihm noch einbringen oder ihm eventuell an volkswirtschaftlichen Verlusten beschern könnte. Der Staat hat seine Bürger zu schützen. Natürlich hat das Grenzen. Gewisse Risiken lassen sich nicht vermeiden und sind zumutbar. Das Risiko sollte aber, so weit möglich, für alle gleich sein.

### **Die ökonomische Weltrevolution**

Da bei den Kalkulationen der Bundesanstalt für das Straßenwesen oder des Umweltbundesamts alle Individuen gleichwertig behandelt werden, sind sie in dieser Hinsicht legitim. Doch die Grundlage, das heißt die ökonomische Bewertung von Menschenleben, auf denen die Entscheidungen getroffen werden, ist kaum zu rechtfertigen. Zumal auf der damit gelegten Basis – wie die Geschichte lehrt – fatale Entwicklungen denkbar sind. So flog der Zettel, auf dem ich meine 1.129.381,21 Euro notiert hatte, in einem großen Bogen, der meine ganze Befreiung ausdrückte, in den Mülleimer.

Zum Schluss aber noch ein anderer, faszinierender Gedanke. Er stammt von Josef Nussbaumer, Wirtschaftsprofessor in Innsbruck. Wenn Menschen schon entgegen aller ethischen Bedenken bewertet werden, müsse – so seine Forderung – allen Menschen ein einheitlicher Durchschnitts- oder auch Mindestwert zugestanden werden. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als eine ökonomisch fundierte Anleitung zur Weltrevolution. Denn entsprechend der ermittelten Summe stünde jedem Erdbewohner der gleiche Betrag zum Schutz und zur Erhaltung seiner Existenz zu. Das heißt: Keine neuen Ampeln, keine Herztransplantationen etc. mehr in den Industriestaaten, dafür aber viele, viele Brunnen, Krankenstationen und Schulen in den Entwicklungsländern dieser Welt.